«Die Leute wollen keine Experimente»

Er ist amtierender Präsident der Bündner Regierung. Nach den eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober will Martin Schmid (FDP) den Kanton Graubünden in der Rolle des Ständerats zukünftig auch auf nationaler Ebene vertreten.

Mit Martin Schmid
sprach Franco Brunner

Herr Schmid, vor Wochenfrist konnte sich an dieser Stelle Ihr Kollege und ebenfalls Ständeratskandidat Stefan Engler äussern. Mit ihm wollen Sie ja als harmonisches Ständerats-Duo nach Bern ziehen, wie es heisst. Können wir uns bei so viel politischem Einklang die Fragerei also sparen und gleich Englers Aussagen wieder hervorkramen und einfach Ihren Namen darübersetzen?
Martin Schmid: Wohl kaum. Stefan Engler und ich sind zwei unterschiedliche Persönlichkeiten mit einem unterschiedlichen Werdegang. Wir haben in der Regierung in unterschiedlichen Departementen unterschiedliche Schwerpunkte bearbeitet. Bei mir sind dies die Themen Finanzen, Steuern, Justiz, Polizei und Gesundheit, bei Stefan Engler die Bereiche Bau-, Energie-, Verkehrs- und Forstpolitik. Er kommt zudem aus dem rätoromanischen Teil des Kantons, ich bin ein Vertreter des deutschsprachigen Raumes. Es ist aber in der Tat so, dass wir während der gemeinsamen, achtjährigen Regierungstätigkeit intensiv zusammengearbeitet haben. Dabei haben wir gelernt, bei unterschiedlichen Positionen, die es bei uns durchaus auch gibt, einen Konsens zu finden. Ich bin überzeugt, dass wir uns gut ergänzen. Diese Eigenschaft, stets nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, ist meines Erachtens übrigens ein wichtiges Charakteristikum, wenn man als Bündner Ständerat in Bern funktionieren will.

Das mag sein, aber muss man für seinen Kollegen denn gleich auch auf der eigenen Homepage Werbung betreiben, wie Sie es für Stefan Engler tun? Läuft man so nicht Gefahr, das eigene Profil zu verlieren?
Ich wurde 1994 in den Grossen Rat gewählt und 2002 zum Regierungsrat. Der Bevölkerung dürfte mein Profil demnach also bekannt sein. Wenn man so lange in der Politik ist und dann nochmals ein spezielles Profil auszuarbeiten versucht, würde man sich wohl eher unglaubwürdig machen. Ich denke, die Arbeit der letzten Jahre gibt ein klares Profil ab und zeigt auf, für welche Positionen ich einstehe. Stefan Engler und ich wollen unsere Gemeinsamkeiten herausstreichen und klar machen, dass wir uns als Ständeräte gemeinsam für unseren Kanton einsetzen würden. Denn zu Zeiten, in denen in der Schweiz immer mehr städtische Regionen entstehen, ist es wichtig, dass periphere Gebirgskantone wie Graubünden intern näher zusammenrücken.

Können die beiden Bündner Ständeräte in Bern denn tatsächlich nur als glücklich-einträchtiges Paar funktionieren?
Bei völlig gegensätzlichen Ansichten besteht einfach die Gefahr von geteilten Standesstimmen und von einer daraus folgenden Neutralisierung. Ich bin überzeugt, dass so etwas nicht im Interesse des Kantons sein könnte.

Sie sprechen von unterschiedlichen Positionen zwischen Ihnen und Stefan Engler. Wo bestehen denn die politisch fundamentalen Abweichungen?
Wo es um die bündnerischen Interessen geht, werden wir mit Sicherheit eine hohe Übereinstimmung erreichen. In nationalen und gesellschaftspolitischen Fragen wird es jedoch durchaus Unterschiede geben. Das soll aber auch möglich sein. Schliesslich vertreten wir verschiedene Ideen, verschiedene Bevölkerungsgruppen und nicht zuletzt verschiedene Parteien.

«Die Bürger wollen erfahrene Leute»

Warum wurden diese Unterschiede bislang denn nicht weiter thematisiert? Es wurde immer nur von den Gemeinsamkeiten gesprochen. Ist das nicht Augenwischerei?
Für Graubünden sind diese Themen, in denen Stefan Engler und ich unterschiedlicher Meinung sind, einfach weit weniger wichtig als diejenigen, in denen wir übereinstimmen. Die Themen, die hier in Graubünden interessieren und bewegen, sind die Verkehrserschliessung, die wirtschaftliche Entwicklung in den peripheren Räumen mit dem Tourismus sowie der Land- und Forstwirtschaft, Energie- und Umweltthemen, der Service public und die Integration von Ausländern sowie die Beziehung zu Europa. Eine wichtige Frage ist, wie wir mit der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung umgehen. Was bedeutet die Frankenstärke für einen Tourismuskanton wie den unseren? Das sind die Fragen, die die Bündnerinnen und Bündner beschäftigen. Und da habe ich in Gesprächen feststellen dürfen, dass die Bürgerinnen und Bürger erfahrene Leute in Bern haben wollen und keine Lust auf Experimente verspüren.

Vor gut einem Jahr wurden Sie zum zweiten Mal als Regierungsrat wiedergewählt und hätten entsprechend noch Zeit in der Bündner Regierung vor sich, bevor Sie aus Gründen der Amtszeitbeschränkung ohnehin ausscheiden müssten. Weshalb ziehen Sie nun das nationale Amt des Ständerats dem kantonalen des Regierungsrats vor? Fühlen Sie sich zu Höherem geweiht?
Eine Ständeratskandidatur wurde für mich erst zum Thema, als sich die beiden Bisherigen Christoffel Brändli und Theo Maissen entschieden haben, nicht mehr anzutreten. Aber Sie sagen es, die bündnerische Verfassung sieht vor, dass ich wegen der Amtszeitbeschränkung aus der Regierung ausscheiden muss. Deshalb habe ich mir die Frage gestellt, ob ich für meinen Kanton auch mittelfristig noch Politik betreiben möchte, und diese klar mit Ja beantwortet. Zu Höherem fühle ich mich jedoch nicht berufen. Ich trete ganz einfach mit grossem Respekt an die neue Herausforderung heran, wenn ich denn gewählt werde.

An Ihrer Wahl zweifeln Sie ja wohl nicht ernsthaft, oder? Es bleibt dem Wähler ja nichts anderes übrig, als für Sie und Stefan Engler zu stimmen.
Schon, aber zuerst muss die Stimmbevölkerung immer noch den Namen Martin Schmid auf den Wahlzettel schreiben. Es geht auch darum, publik zu machen, dass wir überhaupt die Kandidaten sind. Denn im Vergleich zum Nationalratswahlkampf geht die Ständeratswahl ein wenig unter.

Wie erklären Sie sich denn die Tatsache, dass Sie und Stefan Engler die einzigen Ständeratskandidaten des Kantons sind? Weshalb hat Ihrer Meinung nach keine andere Partei einen Kandidaten gestellt?
In Graubünden stehen zurzeit nun mal die Nationalratswahlen bedeutend mehr im Fokus. Man muss sehen, dass von den sieben bisherigen Bündner Parlamentarierinnen und Parlamentariern fünf zurücktreten werden. Es gibt also sozusagen einen kompletten Wechsel in der Bundesversammlung. Und ich glaube, die Parteien konzentrieren sich bei einer Wahl letztendlich auf die Möglichkeiten, bei denen sie sich die grössten Chancen ausrechnen.

Apropos Wahl oder eben Nicht-Wahl. Wie Sie sagten, hatten Sie Ihre Ständeratskandidatur vom Verzicht des amtierenden SVP-Ständerats Christoffel Brändli abhängig gemacht. Hatten Sie Angst vor einem richtigen Wahlkampf?
Ich war und bin davon überzeugt, dass es schwierig und nicht ganz korrekt gewesen wäre, wenn ich als amtierender Regierungspräsident in einen Wahlkampf gegen einen langjährigen Ständerat getreten wäre. Als Christoffel Brändli aber bekannt gab, dass er nicht mehr kandidieren würde, war der Sitz vakant, und es herrschte somit eine komplett andere Ausgangslage. Mit Angst vor einem Wahlkampf hat das jedoch nichts zu tun.

Wenn Sie sich Ende Jahr dann im Bundeshaus einrichten werden, werden Sie wohl oder übel auch mit all den Lobbyisten, die in der Wandelhalle umhertigern in Verbindung kommen. Bereiten Sie sich speziell darauf vor oder kennen Sie solche Seilschaften schon aus Chur?
Es gibt auch hier in Chur Organisationen und Interessengruppen, die im Vorfeld von Entscheidungen Einfluss nehmen wollen, keine Frage. Das ist nichts anderes als politischer Alltag. Aber die Art der Einflussnahme von Lobbyismus-Gruppen, wie es sie in Bern gibt, kennen wir hier natürlich noch nicht, und das wird dementsprechend auch für mich Neuland sein. Aber glauben Sie mir, ich bin durch ehemalige und aktive Bundesparlamentarier vorgewarnt, was dies betrifft. Ich werde also bestimmt nicht vorschnell irgendjemandem irgendetwas versprechen (lacht).

Sie kommen aus dem Gebiet der Finanzwirtschaft und leiten seit 2008 auch das kantonale Finanzdepartement. Wird die Zahlenwelt auch in Bern Ihr Steckenpferd sein?
Als ehemaliger Gesundheits-, Polizei-, Militär- und Sozialdirektor sowie jetzt als amtierender Finanzdirektor bringe ich meiner Meinung nach eine breite Erfahrungspalette mit, die ich auch auf nationaler Ebene einbringen kann. Welches Themengebiet schlussendlich zu meinem Steckenpferd wird, ist allerdings schwierig vorauszusagen. In der Realität ist es matchentscheidend, ob man in die entsprechenden Kommissionen kommt. Bei der Bündner Ständeratsdelegation wäre es deshalb von grösster Wichtigkeit, dass das eine Mitglied in der Verkehrskommission und der Urek, also der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie vertreten ist, und das andere wenn möglich in der Wirtschafts- und Abgabekommission sowie in der Finanzkommission. Und selbstverständlich wäre für mich von meiner Herkunft her der Teil rund um die Volkswirtschaft und die Finanzen ganz besonders interessant.

«Mit Angst hat das nichts zu tun»

Mit Ihrem mehr als nur wahrscheinlichen Antritt als Ständerat in Bundesbern erlösen Sie auch Ihre eigene Partei von einer langen Durststrecke. Der letzte Bündner FDP-Politiker in der kleinen Kammer war der Davoser Andreas Laely anno 1913 bis 1935. Hat der Bündner Freisinn auf nationaler Ebene seitdem geschlafen?
Die FDP Schweiz hat seit Jahren Positionierungsprobleme, das ist ein Fakt. Ich bin aber überzeugt, dass die FDP Graubünden in den letzten Jahren eine gute Politik betrieben hat. Im Ständerat geht es jedoch aus meiner Sicht ohnehin weniger um eine parteipolitische Positionierung. Von einem Ständerat erwartet man nicht, dass er der Erste ist, der das Parteiprogramm nach Bern trägt. Er sollte viel mehr die politische Arbeit im Sinne der Konsensfähigkeit und des Kompromisses erfüllen und die Interessen des Kantons vertreten.

Zum Schluss dürfen Sie noch ein wenig für sich selber weibeln. Was wird mit Martin Schmid im Ständerat für Graubünden in Zukunft alles besser?
Ich kann nicht sagen, was besser wird. Ich kann nur sagen, dass ich mich mit vollem Einsatz für die Anliegen des Kantons stark machen und dafür sorgen werde, dass man Graubünden in Bern wahrnimmt. Ich möchte mich aber auch im nationalen Interesse für die gesamte Schweiz einsetzen. Dort liegen mir die direkte Demokratie und der Föderalismus besonders am Herzen. Ich bin nämlich überzeugt, dass die Schweiz ein Staatswesen ist, das von unten, also vom Bürger her gewachsen ist, und nicht wie die EU, bei der von oben herab alles verordnet wird. Das sind für mich die wesentlichen Grundprinzipien, für die ich mich auch in Zukunft gerne einsetzen würde.

Martin Schmid …

… wurde 2002 für die FDP in die Bündner Regierung gewählt. 2006 und 2010 schaffte er die Wiederwahl – beim letzten Mal mit dem besten Resultat aller Regierungsratkandidaten. Eine dritte Wiederwahl ist wegen der Amtszeitbeschränkung von zwölf Jahren für Regierungsräte nicht möglich.

Schmid ist Vorsteher des kantonalen Departements für Finanzen und Gemeinden. Zudem hat er heuer nach 2007 zum zweiten Mal das Amt des Regierungspräsidenten inne. Am 23. Oktober stellt er sich zur Wahl für einen der zwei frei werdenden Bündner Ständeratssitze. Privat lebt er mit Partnerin und Sohn in Chur und Splügen. *(fbr)*